

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 15. Jänner 1962

Blatt 64

Bürgermeister Franz Jonas:

Wien hat alle Bewährungsproben bestanden!
=====

Vor vierzig Jahren wurde Wien eigenes Bundesland

15. Jänner (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 14. Jänner, über das Selbständigwerden Wiens als Bundesland vor vierzig Jahren.

Der Bürgermeister führte aus: "Am 1. Jänner 1962 waren es 40 Jahre, daß die Stadt Wien ein eigenes Bundesland wurde und damit ihre jetzige staatsrechtliche Stellung als Land und Gemeinde erhielt. Dieses für ganz Österreich bedeutungsvolle Ereignis rechtfertigt es, daß ich in meiner heutigen Sendung über seine Vorgeschichte, aber auch über seine Auswirkungen berichte. Die Älteren unter uns, die diese Entwicklung miterlebt haben, werden sich sicher an manche Einzelheiten dieser entscheidungsvollen ersten Jahre nach dem Krieg erinnern und einen Vergleich mit den Verhältnissen von heute ziehen können. Für die Jungen aber ist es mindestens ebenso interessant, etwas über die Entstehungsgeschichte des modernen Wien zu erfahren.

Als am Ende des ersten Weltkrieges die alte Donau-Monarchie zerbrach, schlossen sich ihre deutschsprachigen Teile zur Republik Deutsch-Österreich zusammen. Damals mußten nicht nur die Folgen des schrecklichen Krieges bekämpft, sondern auch eine neue Verfassung geschaffen werden, eine neue gesetzliche Grundlage für

./.

das staatliche Zusammenleben. Sollte die junge Republik ein zentralistischer Einheitsstaat werden oder sollten ihre Teile eine möglichst große Selbständigkeit erhalten? Diese Frage war rasch entschieden, denn die ehemaligen Kronländer besaßen bereits seit Jahrzehnten Selbstverwaltungsrechte, auf die sie begreiflicherweise nicht verzichten wollten. Man einigte sich deshalb auf die Form eines Bundesstaates, der aus den selbständigen Ländern gebildet wird. So weit, so gut! Es stellten sich aber bald einige Widersprüche heraus. Zum Beispiel, daß sogar Salzburg mit seinen 222.000 Einwohnern oder Vorarlberg mit seinen 140.000 Einwohnern die Rechte eines Bundeslandes erhielten, daß aber Wien, mit seinen mehr als 1,800.000 Einwohnern die weitaus bevölkerungsreichste Gebietskörperschaft, nur Stadtrechte haben sollte. Damit wurde eine Frage aufgeworfen, mit der sich die öffentliche Meinung stark beschäftigte: diese Frage war allerdings nicht neu, denn die Stellung und die Rechte Wiens waren im Laufe der Jahrhunderte sehr wechselvoll. Es ist urkundlich nachgewiesen, daß im Jahre 1237 Kaiser Friedrich II. und im Jahre 1278 Rudolf I. Wien zur reichsfreien Stadt erhoben. Allerdings gingen diese Rechte wieder verloren und in den folgenden Jahrhunderten waren nicht die Stadtrechte, sondern Fürstengunst und Fürstenlaune für die Entwicklung der Stadt bestimmend. Als im vergangenen Jahrhundert ein so wichtiger Plan in Angriff genommen wurde, wie die Erbauung der Ringstraße an Stelle der Festungsmauern, wurde die Stadtverwaltung kaum gefragt. Als im Jahre 1890 Wien ein neues Statut erhielt und durch die Stadterweiterung auf 19 Bezirke anwuchs, wurde diese außerordentlich wichtige Entscheidung nicht im Rathaus, sondern im Niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse beschlossen. Diese ausgesprochene Bevormundung Wiens durch den damaligen Niederösterreichischen Landtag führte öfter dazu, daß die Loslösung Wiens von Niederösterreich und die Stellung Wiens als reichsfreie Stadt beantragt wurde. So wurde im Jahre 1864 die Reichsunmittelbarkeit für Wien verlangt, damit der liberale Gemeinderat vom konservativen Niederösterreichischen Landtag unabhängig werde. Im Jahre 1869 stellte der damalige Gemeinderat Dr. Billing den Antrag, Wien von Niederösterreich zu trennen, damit der Gemeinderat von der Finanzkontrolle des Landtages befreit werde. Im Jahre 1886 stellte

der damalige Gemeinderat Dr. Karl Lueger den Antrag, die Stadt Wien aus dem politischen und finanziellen Verband mit Niederösterreich zu lösen und zur reichsunmittelbaren Stadt zu erklären.

Die Diskussion, die sich um die Stellung Wiens in der neuen Bundesverfassung abspielte, ist nur verständlich, wenn man die damaligen Verhältnisse kennt. In der Not der Nachkriegszeit, als die österreichische Wirtschaft ausgeblutet und die Zukunftsaussichten sehr düster waren, schien die Millionenstadt Wien in der kleingewordenen Republik Österreich vielen als eine Belastung. Damals entstand das unfreundliche Wort vom "Wasserkopf" Wien und mißgünstige Leute prophezeiten, daß auf dem Stephansplatz Gras wachsen würde. Die anderen Bundesländer waren für die Trennung von Niederösterreich und Wien, weil beide mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung umfaßten und die anderen Bundesländer hätten majorisieren können.

In Niederösterreich und Wien selbst waren die Meinungen geteilt. Aber anfänglich dachte niemand an eine völlige Trennung, sondern man meinte, die Verbindung zwischen beiden müßte bestehen bleiben bei einer möglichst großen Selbständigkeit der Stadt Wien. Und so wurde durch den Beschluß der Bundesverfassung im Oktober 1920 festgelegt, daß Niederösterreich ein zweigeteiltes Bundesland ist, und zwar Niederösterreich-Land und Wien. Demzufolge gliederte sich der Landtag von Niederösterreich in zwei Kurien. Die Kurie Land setzte sich aus den Abgeordneten von Niederösterreich ohne Wien zusammen und die Kurie Wien war gleichbedeutend mit dem Gemeinderat der Stadt Wien. In der Bundesverfassung wurde festgelegt, daß der Bürgermeister auch die Stellung eines Landeshauptmannes, der Stadtsenat die Stellung einer Landesregierung habe und der Magistratsdirektor gleichzeitig auch der Landesamtsdirektor sei. Allerdings war in einem anderen Artikel der neuen Bundesverfassung die weitergehende Möglichkeit gegeben, ein selbständiges Bundesland Wien zu bilden.

Damit war aber die Diskussion über die Stellung Wiens nicht beendet, sie ging weiter, und zwar waren die Meinungen auch innerhalb der politischen Parteien nicht einheitlich. Da sich nach kurzer Zeit die völlige Trennung von Niederösterreich und Wien

als eine Notwendigkeit erwies, kam man überein, ein Trennungsgesetz auszuarbeiten. Am 29. Dezember 1921 wurde das Trennungsgesetz beschlossen, es sollte am 1. Jänner 1922 in Kraft treten. Allerdings wurden wichtige wirtschaftliche Vereinbarungen erst am 31. Dezember, also buchstäblich in letzter Minute getroffen, damit am 1. Jänner des kommenden Jahres das Gesetz doch noch in Kraft treten konnte. Die letzten strittigen Punkte, über die man sich sehr schwer einigen konnte, waren die Landesbahnen in Niederösterreich, das Landhaus in der Herrengasse, die Humanitätsanstalten und die Landeshypothekenanstalt.

Die nun erreichte Selbständigkeit hat Wien keine Vorrechte gegenüber den anderen Bundesländern gebracht, aber es hat damit endlich die Gleichberechtigung erlangt. Es war **verständlich** daß damals die anderen Bundesländer sehr darauf bedacht waren, daß die Finanzansprüche Wiens nicht mit günstigerem Maße gemessen würden. Wenn deshalb heute manchmal die Behauptung auftaucht, daß Wien in seiner Doppelstellung als Land und Gemeinde eine bevorzugte Behandlung beim Finanzausgleich genieße, so kann dies sehr einfach mit dem Hinweis widerlegt werden, daß die anderen Bundesländer sich im Jahre 1922 sehr energisch gewehrt hätten, wäre Wien bevorzugt und besser behandelt worden.

Obwohl mit dem neuen Gesetz die Trennung Wirklichkeit geworden war, wurde doch von beiden Seiten die Gemeinsamkeit vieler Interessen und Aufgaben auch für die Zukunft betont. Im Niederösterreichischen Landtag bemerkte der Christlichsoziale Dr. Cermak, daß "das Zusammengehörigkeitsgefühl von Niederösterreich mit der Stadt Wien nicht absterben werde, auch wenn die Geschäfte getrennt **geführt** werden." Im Wiener Landtag sagte der Sozialdemokrat Dr. Danneberg, daß "vom Standpunkte Wiens aus gesehen, auf ein gutes Einvernehmen mit dem Land Niederösterreich Gewicht gelegt werden müsse." In der darauffolgenden letzten Sitzung des gemeinsamen Landtages hielt der Vorsitzende Juckel eine Abschiedsrede, in der er feststellte, daß "mit dem jetzt gefaßten Beschlusse Jahrhunderte alte Bande gelöst worden seien, doch nicht in dem Sinne, daß die neuen Länder wie feindliche Brüder auseinanderstreben. Auch in Zukunft werden beide Länder in vielen Dingen aufeinander angewiesen sein, auch in Zukunft werde in Wien das Herz Österreichs schlagen."

Seither sind vier ereignisreiche und wechselvolle Jahrzehnte vergangen, in denen trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge Wien als Stadt und gleichberechtigtes Bundesland eine unerhörte Energie und Lebenskraft entwickelt hat. Das neue Wien in der Ersten Republik erlebte eine nie geahnte soziale Blüte, die in der Welt Anerkennung und Nachahmung fand. Auf vielen Gebieten des Gemeindelebens wurde das Althergebrachte beseitigt und an seine Stelle Neues gesetzt. Die private Wohltätigkeit wurde von der Fürsorge der Gemeinschaft abgelöst, die Sorge um Mutter und Kind rückte in den Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrt. Die Säuglingssterblichkeit, die Tuberkulose und die Rachitis wurden so erfolgreich bekämpft, daß sie binnen wenigen Jahren ihre Schrecken verloren. Die weltbekannte Schulreform Otto Glöckels brachte frischen Wind in die Schulen Wiens und wirkte sich in der fruchtbarsten Weise in ganz Österreich aus. Der umwälzende Gedanke des sozialen Wohnungsbaues war eine Kampf-ansage gegen die "Arme-Leut-Viertel" aus der Zeit der Bodenspekulation, gegen die Brutstätten der Tuberkulose und der sittlichen Verwahrlosung, gegen das Bettgeherunwesen und gegen die Freud- und Lichtlosigkeit der Kinderjahre in den Proletarier-
vierteln. In wenigen Jahren erhielt Wien durch die großen Gemeindebauten ein neues Gesicht und 64.000 Familien erhielten ein neues Heim. Die Finanzpolitik Hugo Breitners wurde zu einem Instrument des sozialen Ausgleichs. Durch die stärkere Heranziehung der besitzenden Kreise verschaffte sich die Gemeinde die Mittel für neue Schöpfungen zur Förderung der Volksgesundheit und der Volksbildung. Kindergärten und Schulen, Kinderfreibäder und Spielplätze, Sportanlagen und Bäder brachten Freude und Schönheit in das Leben der arbeitenden Menschen. Damals entstanden das Amalienbad im Arbeiterbezirk Favoriten, das große Stadion im Prater, die neue Berufsschule in der Hütteldorfer Straße und der Tuberkulose-Pavillon in Lainz. Das Säuglingswäschepaket wurde eingeführt, ebenso die unentgeltliche Abgabe der Schulbücher an alle Kinder ohne Unterschied der sozialen Herkunft. Die Stadtbahn wurde elektrifiziert, neue Brücken und Straßen erbaut, und so wurden der weltstädtischen Entwicklung Wiens viele starke Impulse gegeben.

Leider kamen dann bald die bösen Jahre der Diktatur und des zweiten Weltkrieges, der Vieles von dem vernichtete, was in jahrelanger mühseliger Arbeit geschaffen wurde. Was dann Wien nach dem zweiten Weltkrieg gearbeitet und geschaffen hat, ist uns allen so gegenwärtig, daß ich darüber keine Einzelheiten sagen muß. Nach der Beseitigung der ärgsten Kriegsschäden hat Wien an die große Tradition der Ersten Republik angeknüpft und die Grundsätze des sozialen Fortschrittes zu seinem Leitmotiv gemacht. Unsere Stadt, die durch die Ungunst der weltpolitischen Entwicklung hart an die Scheidelinie zwischen Ost und West gerückt wurde, ist nun dabei, sich mit allen Kräften gegen die Gefahr der Isolierung zu stemmen und durch ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen die Anerkennung der freien Welt zu erwerben. Wenn Wien im Interesse seiner Mitbürger große Ziele verfolgt und sich bemüht, die Anerkennung und die Aufmerksamkeit der Welt zu erringen, so will es damit gleichzeitig unserer Republik dienen und seiner Verantwortung gegenüber den anderen Bundesländern gerecht werden.

Die heutige Rückschau hat uns die Möglichkeit gegeben, den Weg zu überblicken, den Wien seit dem 1. Jänner 1922 zurückgelegt hat. Wohl waren die vergangenen vier Jahrzehnte alles eher als eine glückliche Zeit, denn die Hälfte davon war katastrophenreich oder zumindest sorgenvoll. Von 1934 bis 1945 Diktatur und Krieg, von 1945 bis 1955 vierfache militärische Besetzung! Und trotzdem hat Wien als Schwerpunkt des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Österreichs alle Bewährungsproben unter den härtesten Bedingungen bestanden. Auch nach strengster Prüfung aller Umstände können wir nach einer 40jährigen Erfahrung feststellen, daß die Trennung richtig war und daß Wien ein würdiges Glied der Republik Österreich ist!

- - -

Bürgermeister Jonas kondoliert Frau Steinböck
=====

15. Jänner (RK) Bürgermeister Jonas richtete gestern an die Witwe des verstorbenen Landeshauptmannes von Niederösterreich, Frau Rosina Steinböck, ein Beileidstelegramm, in dem es heißt: "Der unerwartete Heimgang Ihres Gatten, Landeshauptmann Steinböck, ist für seine Familie, für seine Freunde und für das Land Niederösterreich ein schwerer Schicksalsschlag. Im Namen der Stadt Wien entbiete ich aufrichtiges Beileid."

In seiner Eigenschaft als Landeshauptmann hat Bürgermeister Jonas auch an die Niederösterreichische Landesregierung ein Beileidsschreiben gerichtet.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

15. Jänner (RK) Mittwoch, den 17. und 24. Jänner, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Lakowitsch.

- - -

Der Fachbeirat für Stadtplanung beim Bürgermeister
=====

15. Jänner (RK) Am Beginn des neuen Arbeitsjahres statteten heute vormittag die Mitglieder des Fachbeirates für Stadtplanung Bürgermeister Jonas im Rathaus einen Besuch ab. Der Bürgermeister benützte den Anlaß, um im Beisein von Stadtrat Heller und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. techn. Koller den Mitgliedern des Fachbeirates für ihre bisherige Mitarbeit zu danken. Die Gemeinde Wien, sagte er, wünscht die Kontrolle ihrer Planungsarbeiten und schätzt außerordentlich die Mitwirkung des Fachbeirates, dessen Mitglieder ihre Funktion ehrenamtlich als völlig von der Stadtverwaltung unabhängige Organe ausüben.

Prof. Dr. Wurzer, der Vorsitzende des Fachbeirates, versicherte im Namen seiner Kollegen, daß der Fachbeirat auch weiterhin die ihm obliegenden Aufgaben objektiv und sachlich erfüllen wird.

In einer freundschaftlichen Aussprache mit dem Bürgermeister wurden sodann von einigen Mitgliedern des Fachbeirates Anregungen vorgebracht, unter anderem auch der Wunsch, man möge ein Mitglied des Fachbeirates zu den Sitzungen der Gemeinderätlichen Planungskommission einladen. Wie Bürgermeister Jonas mitteilte, wird diesem Wunsche entsprochen werden können.

- - -

Überfüllte Wiener Ausstellung in Karlsruhe
=====

15. Jänner (RK) Über die Ausstellung "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" in Karlsruher Rathaus, über deren Eröffnung durch Stadtrat Heller wir bereits berichteten, erfährt nunmehr die "Rathaus-Korrespondenz", daß am Samstag, dem ersten Tag nach der Eröffnung, 2.300 Besucher gezählt wurden. Gestern, Sonntag, waren es sogar mehr als 5.000 Besucher. Das führte dazu, daß die Ausstellung einige Male von der Polizei gesperrt werden mußte. Für die nächsten Tage haben sich 17 Schulklassen angemeldet, die durch diese interessante Ausstellung Wien näher kennenlernen wollen.

- - -

Handarbeitsausstellung im Pädagogischen Institut
=====

15. Jänner (RK) Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer eröffnete heute im Pädagogischen Institut der Stadt Wien eine Ausstellung von Arbeiten des Knabenhandarbeitsunterrichtes der Wiener Hauptschulen.

Die Ausstellung, die vor allen darstellt, wie der Handarbeitsunterricht bemüht ist, Sauberkeit, Ausdauer, Genauigkeit und technisch richtige Ausführung von Arbeiten anzuerziehen, hat auch deswegen eine große pädagogische Bedeutung, weil sie mithilft, für die wertvolle Gestaltung der Freizeit unserer Jugendlichen Anregungen zu geben. Sie zeigt Arbeiten aus Papier, Holz, Metall, weiters Formarbeiten aus Gips, Ton und Keramik. Erstaunlich ist die starke musische Begabung vieler unserer Hauptschüler.

Die Ausstellung ist bis 9. Februar täglich von 10 bis 18 Uhr (außer Samstag) frei zugänglich (7, Burggasse 14/16).

- - -

Die erweiterte Römische Ruinenstätte unter dem Hohen Markt eröffnet
=====

15. Jänner (RK) Heute vormittag hatten sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Beamtenschaft des Magistrats und der Wiener Presse in der erweiterten Römischen Ruinenstätte unter dem Hohen Markt eingefunden, um an der Wiedereröffnung teilzunehmen. Der Direktor des Historischen Museums der Stadt Wien Dr. Glück konnte bei dieser Gelegenheit Vizebürgermeister Mandl, Stadtrat Lakowitsch, mehrere Gemeinderatsmitglieder, die Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. techn. Koller und die Leiter der an der Erweiterung beteiligten Magistratsabteilungen begrüßen.

Direktor Dr. Glück erinnerte daran, daß die Römische Ruinenstätte in ihrer ersten Form im Jahre 1950 von Bürgermeister Körner eröffnet wurde, nachdem beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Umgebung die ersten Funde gemacht worden waren. Nunmehr präsentiert sich die erweiterte Römische Ruinenstätte in neuer Form, und wo

früher eine Falltüre zu notdürftig hergerichteten unterirdischen Fundstätten führte, sind heute in freundlicher Atmosphäre gehaltene Räume vorhanden, die auch entsprechende Belüftungs- und Beheizungsanlagen erhalten haben.

Dr. Glück dankte seinem Mitarbeiter Dr. Neumann, der sich um die Ausgestaltung der Römischen Ruinenstätte besonders verdient gemacht hat, ebenso wie der Konservator Gustav Mazanetz.

Vizebürgermeister Mandl gab einen kurzen historischen Überblick über die Grabungen seit 1959, wobei er bedauerte, daß infolge der bautechnischen Verhältnisse von der möglich gewesenem Vergrößerung der Fundstätte Abstand genommen werden mußte. Trotzdem sei das Erreichte durchaus zufriedenstellend und könne als wertvoller Beitrag für die Geschichtsforschung im Wiener Raum bezeichnet werden. Vizebürgermeister Mandl erinnerte an den Vorgänger im Kulturamt der Stadt Wien, Stadtrat Dr. Matejka, der sich schon knapp nach Kriegsende um die Arbeiten in der Römischen Ruinenstätte verdient gemacht hat und dankte den Kammervertretern herzlich für das Entgegenkommen, das sie für die Einrichtung des Abganges in ihrem Gebäude und die damit verbundenen Arbeiten unter dem der Kammer gehörigen Grundstück gezeigt haben. Der Vizebürgermeister würdigte abschließend die Verdienste aller an der Erweiterung Beteiligten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Römische Ruinenstätte unter dem Hohen Markt recht viele Besucher aufweisen möge.

An die Eröffnung schloß sich eine Besichtigung der freigelegten Hausreste und der in Vitrinen untergebrachten Funde an, die auf Wandtafeln interpretiert werden. Obwohl die Fortsetzung der seinerzeit schon 1948/49 begonnenen Grabungen unter dem Hohen Markt bereits 1950 beabsichtigt waren, konnten erst 1959 alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dieser Zeitpunkt erwies sich insoferne als ungünstig, als der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Häuser auf dem Hohen Markt bereits abgeschlossen war. Daher mußte die zunächst vorgeschlagene größere Ausgrabungsfläche etwas eingeengt werden. Es gelang, einen im Grundriß 21 Meter langen und fünf Meter breiten Raum in der Nähe des Vermählungsbrunnens neu zu schaffen. Die Grabung ging in zwei Etappen vor sich. Dabei konnten beachtliche Ergebnisse erzielt werden.

Es gilt nun als erwiesen, daß sich über einer fundleeren vor-römischen Erdschichte Reste des um 100 n.Chr. errichteten Legionslagers befanden und über einer Wandschichte und einem ausplanierten Schutthaufen Reste des zweiten Lagers, das in den Siebzigerjahren des zweiten Jahrhunderts n.Chr. nach einem Einfall der Markomannen und Quaden erbaut wurde. Weitere Ausgrabungen lassen vermuten, daß Goten und Alanen, die im Jahre 380 n.Chr. vom römischen Kaiser angesiedelt worden sind, für eine neuerliche Instandsetzung der Befestigungsanlagen Sorge getragen haben. Auch in dieser Zeit der ausgehenden Antike und des zerfallenden Imperium erscheint damit die Existenz eines befestigten Lagers auf dem Boden Wiens hinreichend begründet.

- - -

Die 82. Tagesheimstätte

=====

15. Jänner (RK) Im 10. Bezirk, am Puchsbaumplatz 13, wurde eine neue Tagesheimstätte - die zweiundachtzigste - in Betrieb genommen. Stadtrat Maria Jacobi besichtigte aus diesem Anlaß die neue Tagesheimstätte und begrüßte die ersten Gäste.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 15. Jänner
=====

15. Jänner (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 1 Stier, 75 Kühe, Summe 76. Neuzufuhren Inland: 192 Ochsen, 368 Stiere, 816 Kühe, 198 Kalbinnen, Summe 1.574. Gesamtauftrieb: 192 Ochsen, 369 Stiere, 891 Kühe, 198 Kalbinnen, Summe 1.650. Unverkauft blieben: 9 Ochsen, 7 Kalbinnen, Summe 16. Verkauft wurden: 183 Ochsen, 369 Stiere, 891 Kühe, 191 Kalbinnen, Summe 1.634.

Preise: Ochsen 9.70 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 13 S, Stiere 10.50 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.70 S, Kühe 7.50 bis 9.80 S, extrem 10 bis 10.10 S, Kalbinnen 10.50 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.50 S; Beinlvieh Kühe 5.50 bis 7.80 S, Ochsen und Kalbinnen 7 bis 10.30 S.

Bei gleich guter Qualität ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 35 Groschen, bei Stieren um 19 Groschen, bei Kühen um 29 Groschen und bei Kalbinnen um 8 Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei Ochsen 10.52 S, bei Stieren 11.40 S, bei Kühen 8.21 S, bei Kalbinnen 10.78 S; Beinlvieh verbilligte sich um 20 Groschen je Kilogramm.

In der Zeit vom 6. bis 12. Jänner 1962 wurden 191 Rinder außer Markt bezogen.

- - -